



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 5 / Dezember 2019
Redaktionsschluss: 2.12.2019

www.prodemokratie.com

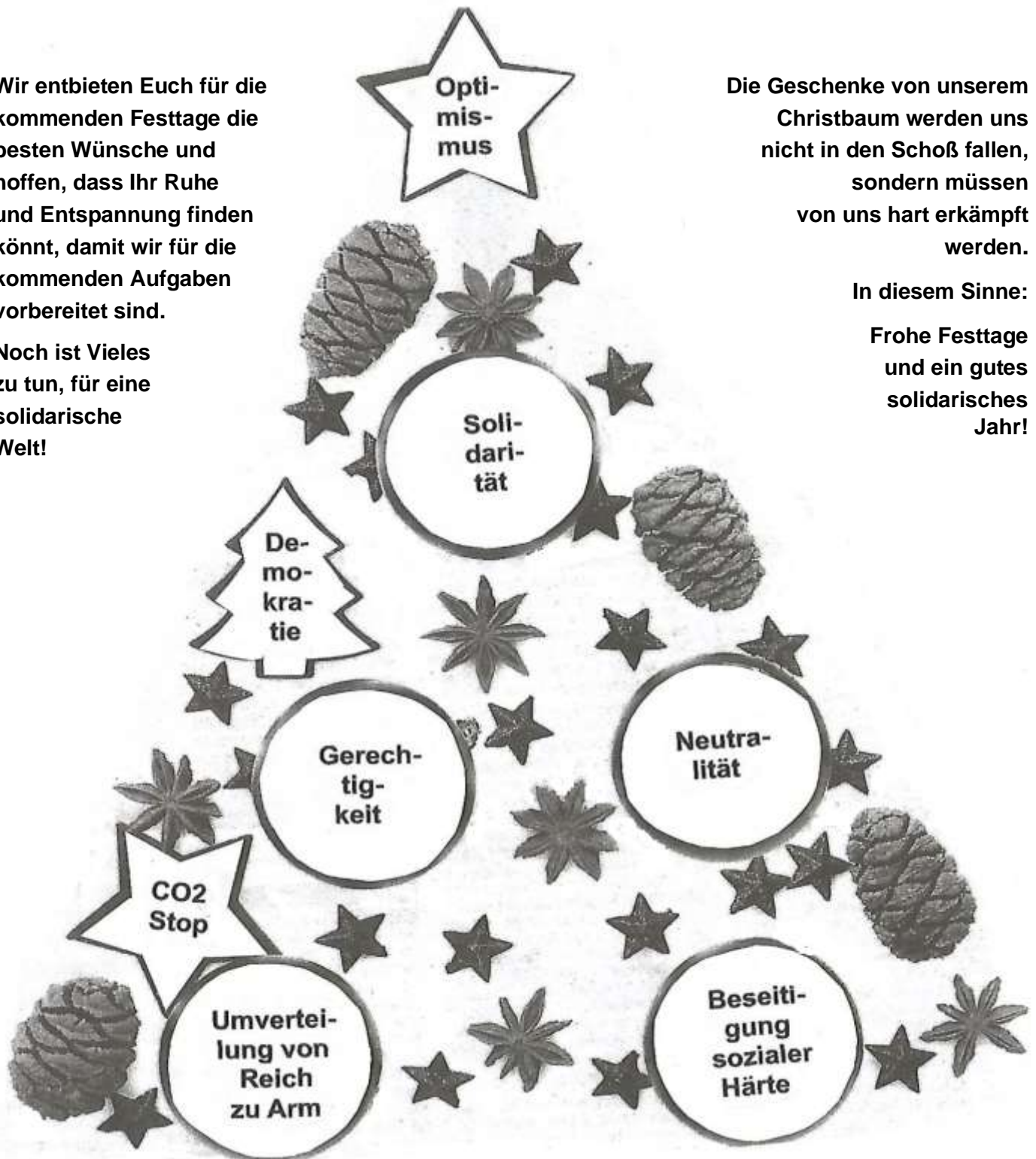
Wir entbieten Euch für die kommenden Festtage die besten Wünsche und hoffen, dass Ihr Ruhe und Entspannung finden könnt, damit wir für die kommenden Aufgaben vorbereitet sind.

Noch ist Vieles zu tun, für eine solidarische Welt!

Die Geschenke von unserem Christbaum werden uns nicht in den Schoß fallen, sondern müssen von uns hart erkämpft werden.

In diesem Sinne:

Frohe Festtage
und ein gutes
solidarisches
Jahr!



EU – keine Union zur Friedenssicherung, sondern eine Kriegsunion

Österreich wird von niemandem bedroht! Laut Umfrage fühlen sich 81% der Österreicher*innen sicher in Österreich, nur 5% fühlen sich unsicher, so Brigadier Walter Feichtinger vom IFK (Institut für Friedenssicherung- und Konfliktforschung des Bundesheeres).

Österreich ist neutral. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, 80 bis 90% der Österreicher*innen sind für die Neutralität und wollen keine Kriegsteilnahme Österreichs. Warum verlangt dann der Übergangs-Verteidigungsminister Thomas Starlinger das Militärbudget Österreichs zu verdreifachen? Warum macht dann Österreich an der EU-Aufrüstung im Zuge des PESCO-Vertrages, dem EU-Militärbündnis, mit?

Die Milliarden, die Starlinger fürs Heer verlangt, dienen keineswegs für Katastrophenschutz, Sanierung des Fuhrparks und Kasernen, wie er behauptet, sie sollen vor allem für Abfangjäger, Schützenpanzer, Auslandseinsätze und EU-Aufrüstung ausgegeben werden. Allein die geplanten 15 Abfangjäger würden ca. 2,25 Mrd. Euro kosten (ca. 150 Mio. pro Stück).

Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik wollen zur Sicherung ihrer „Wettbewerbsfähigkeit“, sprich ihrer Profite, in Konkurrenz zu und mit den USA im Rahmen von EU bzw. NATO ihr Wirtschaftsinteressen auch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Österreichs Regierende wollen uns an die EU Militarisation und/oder an die NATO „anschließen“!

Die Neutralität Österreichs steht ihnen dabei im Wege. Deshalb wird von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft behauptet, dass man Österreichs „Sicherheit“ nur in der sogenannten „Friedensunion EU“ garantieren könne. In Wahrheit rüstet die EU massiv auf und nimmt an Kriegen teil. Das steht Österreichs Neutralität und dem Neutralitätsgesetz total entgegen: Im Folgenden das „Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die **Neutralität Österreichs**“ im Wortlaut:

„(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“

Die Neutralität ist das Ergebnis der Auswirkungen und der Erkenntnisse aus dem II. Weltkrieg, nie wieder in Kriege hineingezogen zu werden, nie wieder an Kriegen teilnehmen zu wollen.



Wer ist der umtriebige Übergangs- (für manche schon künftiger) Verteidigungsminister Thomas Starlinger?

Thomas Starlinger war von 2003 bis 2007 bei der „Europäischen Verteidigungsagentur“ in Brüssel, ab 2006 dort mit Rüstungsplanung, -beschaffung sowie -forschung befasst. Von November 2008 bis Mai 2009 erhielt Starlinger das Kommando der NATO Mission der Kosovo-Schutztruppe KFOR mit 3500 Soldaten aus Bulgarien, Deutschland, Österreich, die Truppe stellt die Besatzung des Kosovo. Ab 2013 hatte er dann vier Jahre lang den Posten des Vize-Chefs des Stabes beim „Multinationalen Kommando Operative Führung“ der NATO in Ulm. Das Kommando umfasst Land-, Luft-, Seestreitkräfte sowie Spezialkräfte.

2017 wurde Starlinger in Österreich zum Generalmajor ernannt. 2018 erhielt Starlinger bei der NATO Übung „Trident Jaguar 2018“ im Joint Warfare Centre (JWC) in Stavanger in Norwegen die Fähigkeitsbescheinigung, multinationale und teilstreitkraftübergreifende Einsätze zu planen und zu führen. Er war dann für ein Jahr in Rufbereitschaft, um im Krisenfall im Rahmen des Multinationalen Kommandos weltweit NATO-Kräfte zu führen.

Starlinger galt laut Medienberichten übrigens auch als Befürworter des Berufsheeres und der Abschaffung der Wehrpflicht (APA/red., Die Presse, Print-Ausgabe, 25.01.2017).

Starlinger hat eine lange Karriere in verschiedenen Bereichen der NATO bzw. EU-Aufrüstungs- bzw. Militarierungsstrukturen vor allem im Rahmen der deutschen Bundeswehr absolviert.

Seine Karriere ist nur ein exemplarisches Zeichen, dass die herrschende Politik, alle Regierungen seit Ende der 90iger Jahre die Neutralität, das Neutralitätsgesetz, das ein Verfassungsgesetz unserer demokratischen Republik Österreich ist, ignorieren, also Verfassungsbruch begehen. All die Ausbildungen und Tätigkeiten von Generalmajor Starlinger und auch sämtlicher anderer Militär-angehöriger unseres Bundesheeres im Rahmen der NATO bzw. einer EU-Militärunion sind mit der Neutralität unvereinbar!



Österreich auf dem Weg in die EU-Kriegsunion?

Seit Jahren wird die Neutralität von unseren Regierenden ausgehöhlt um den Weg entweder in ein neues EU-Militärbündnis bzw. in die von den USA dominierte NATO frei zu bekommen. Sie scheren sich nicht um das Neutralitätsgesetz, für sie endet ihr Demokratieverständnis wenn es um die Interessen der Konzerne und Militärs geht, die sie vertreten. Die Regierenden haben schon mit dem Beschluss des Kriegsermächtigungsartikels 23f im Jahre 1998 einen glatten Neutralitätsbruch begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UNO-Mandat zugestimmt. Sie haben den neuen EU-Vertrag unterschrieben, der 2006 in Kraft trat. Dieser besagt unter anderem, dass es in der EU eine ständige Aufrüstungspflicht geben soll. Ein eigenes EU-Rüstungsamt soll dies durchsetzen sowie die Kriegswaffenindustrie fördern.

PESCO – EU-Aufrüstung für eine EU-Kriegsunion

Österreichs Regierung, der damalige Außenminister Kurz unter Kanzler Kern, hat bereits 2017 den so genannten PESCO-Vertrag für ein militärisches Kerneuropa unterschrieben. Danach verpflichten sich die unterzeichneten Staaten

- das Heeresbudget auf 2% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu erhöhen, d.h. von derzeit ca. 2,6 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro, (also von ca. 0,6% auf das Dreifache).
- Zweitens verpflichtet die EU-PESCO uns „wesentliche Unterstützung in Form von

Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“, d.h. Soldaten in globale EU-Krisen- und Kriegsgebiete zu schicken, unsere Steuergelder und das Leben unserer Soldaten für EU-Kriege bereitzustellen.

- Drittens verpflichtet die EU die EU-Staaten für die EU-Rüstungsunion zu zahlen, d.h. unter anderem für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern dutzende Milliarden Euro bereitzustellen.

Im Übrigen hat Verteidigungsminister Starlinger am 12. November 2019 das erste Projekt eines gemeinsamen Kommandos der Spezialkräfte der vier NATO-Staaten Kroatien, Ungarn, Slowakei, Slowenien und Österreich mitunterzeichnet (R-SOCC) Weiters hat er in Brüssel das erste Projektabkommen des von Österreich geleiteten PESCO-Projekts „CBRN Surveillance as a Service (CBRN SaaS)“ unterzeichnet. Ziel des Projekts ist, den Einsatz unbemannter Bodensysteme und Luftdrohnen zu entwickeln, die mit Sensoren ausgestattet werden, um ABC-Kampfstoffe zeitgerecht zu erkennen.

„PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden, wie der EURO für die Wirtschaft“. (Berliner Morgenpost: Wie sich Europa für die Zukunft rüstet, 8.11.2017). Doch die überwältigende Mehrheit der Menschen EU-weit will keinen Krieg.

NATO – Krieg gegen den „Osten“

Seit 2018 wurde und wird ein zweiter NATO Kommandostab (JSEC) in Ulm aufgebaut, der unter anderem die Bewegung von Truppen und Kriegsgüter an die NATO-Ostflanke besser und schneller organisieren soll. Bis zu 60.000 Soldaten sollen von dort aus gesteuert werden. Dieses Kommando wird von der Gastnation Deutschland betrieben und soll nur bei Bedarf dem Bündnis unterstellt werden.

Von hier aus soll der nächste Krieg gegen Russland vorbereitet werden. Es geht wieder an die Ostfront! Im Weißbuch der deutschen Bundeswehr heißt es auch: „*Russland stellt auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent dar*“.

Manöver Defender 2020

Im Frühjahr 2020 proben die USA und ihre europäischen Verbündeten die transatlantische Mobilmachung gegen Russland. Mit insgesamt ca. 37.000 Soldaten ist es die größte „Übung“ dieser Art bisher. 20.000 US-Soldaten kommen aus den USA. Das Manöver findet wieder an der Ostfront statt, d.h. in Polen und dem Baltikum (Estland, Litauen, Lettland). Die Soldaten werden durch Deutschland durchgeschleust, an die Ostflanke der NATO verlegt. Zu den Soldaten kommen zehntausende „Militärfahrzeuge“ – das sind Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Lastwagen, Jeeps und Materialcontainer. „Die

Übung ist eine Machtdemonstration gegenüber Russland...“ (Neue Zürcher Zeitung, 7.10.2019). Hier wird die militärische Infrastruktur für einen Krieg gegen die Atommacht Russland aufgebaut. Russland ist das größte Rohstofflager der Erde.

Neben den USA werden sich 16 weitere NATO-Mitglieder an dem Manöver beteiligen, darunter auch Deutschland. In einem Krieg der NATO gegen Russland würde Deutschland laut Konzeption der Bundeswehr als „Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung“ dienen. Das neue militärische Hauptquartier (JSEC) in Ulm, zur Organisation schneller Truppenverlegungen, wird seine Rolle als zentrale Schaltstelle der Mobilmachung gegen Russland proben.

Das alles bedeutet, dass Österreich im Rahmen von EU und/oder NATO mitaufrüsten und letztendlich dann an der Seite von EU und/oder NATO wieder in Kriege hineingezogen würde und wir mitmarschieren sollen.

Weil das mit der leidvollen Erfahrung der Österreicher*innen aus zwei Weltkriegen und mit der Neutralität Österreichs nicht vereinbar ist, ja **gegen das Verfassungsgesetz der Neutralität verstößt, wird mit der Neutralität im Munde gegen die Neutralität vorgegangen.** Manche Kommentatoren in Medien wie z.B. in der Zeitung „Die Presse“, die der Industriellenvereinigung nahesteht, verlangen, dass man wieder über die Neutralität reden, die Neutralität überdenken müsse. Und Philipp Eder (dzt. Leiter der Abteilung Militärstrategie im

Verteidigungsministerium, Berufsheer- und EU-Armee-Befürworter und frühere rechte Hand von Ex-Verteidigungsminister Darabos) sagt, dass im Ernstfall die Neutralität aufgehoben sei und wir uns militärisch auch wieder anschließen und über unsere Grenzen hinausgehen sollen: „... *wir müssen halt wieder einmal über die Neutralität nachdenken, denn wenn wir sagen – auch richtig: wirtschaftliche Vernetzung, neue Cyberbereich, das ist ja alles über Grenzen hinausgehend, warum soll das denn nicht für die Verteidigung auch gelten.*“ (ORF, Ö1, Journal Panorama, 22.10.2019, Sicherheit und Verteidigung neu denken. Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktforschung des Bundesheeres).

Nicht der Einsatz des Heeres für Profitinteressen der Konzerne erhöht unsere Sicherheit. Im Gegenteil. Das macht unser Land erst recht zur Zielscheibe. Nicht Anschluss an die EU-Kriegsunion bzw. die NATO, sondern aktive Neutralitätspolitik bringt uns Sicherheit. Aktive Neutralität bedeutet diplomatisch, wirtschaftlich, meinungsmäßig sich dem Krieg zu verweigern, aktiv gegen Kriegstreiber aufzutreten, diese zu benennen und zu verurteilen und keinesfalls Geld, wirtschaftliche Ressourcen, zivile oder militärische Kräfte zur Verfügung zu stellen und um keinen Preis und in keinem Fall sich selbst propagandistisch, wirtschaftlich oder militärisch an Kriegsvorbereitungen und Kriegen zu beteiligen!

Angela Merkel: NATO - PESCO

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrem wöchentlichen Video-Podcast am 13.11. 2019 die deutsche Bundeswehr zu deren Geburtstag gewürdigt und ihre Vorstellungen von der Rolle des deutschen Militärs skizziert. Sie sagte unter anderem:

... „Deutschland ist Mitglied in der NATO. Die NATO, das transatlantische Bündnis, ist der zentrale Pfeiler unserer Verteidigung. Allerdings wird immer klarer, dass wir Europäer, die europäischen Mitgliedsstaaten in der NATO, in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen. Das bedeutet, dass wir auch gerade den europäischen Teil der NATO stärker zusammenführen müssen. Dazu gibt es die strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik in der Europäischen Union, die sogenannte PESCO. Wir werden in Zukunft auch gemeinsam Waffensysteme entwickeln, um unsere Kräfte zu bündeln und damit effizienter arbeiten zu können. Dazu gehört das Projekt eines Kampf-

flugzeuges, genauso das eines Kampfpanzers. Deutschland und Frankreich sind hier an der Spitze der Entwicklung“.

Merkel sagt also unter anderem, dass für die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO das PESCO- Abkommen dazu dient, verstärkt militärisch aufrüsten zu müssen. Das heißt, **Merkel sagt sinngemäß, dass PESCO zu einem EU-Teil der NATO ausgebaut werden soll!** Österreichs Regierende haben ja **PESCO** unterzeichnet. Also bedeutet das ja laut Merkel gleich **auch einen indirekten NATO-Anschluss Österreichs!** Egal ob PESCO zur sogenannten „EU-Friedensunion“ (= EU-Kriegsunion) führt oder wie wir jetzt durch Merkel erfahren, direkt in die NATO führt, beides ist brandgefährlich für die Menschen in Österreich und absolut unvereinbar mit unserer Neutralität.

**Österreich
raus aus PESCO!**



Unionists for Future (UFF)
Gewerkschafter*innen für die Zukunft
Gewerkschafter*innen gegen
Atomenergie und Krieg
www.atomgegner.at * ggae@gmx.at

Statt Zerstörung unseres Planeten durch:

Profitgier, Ausbeutung und Krieg, Über- und Wegwerf-
produktion, Vergeudungswirtschaft, Großkonzerne und
Industrielobbys, profithörige Regierungen

Klimaschutz durch:

Wirtschaften für – nicht gegen die Menschen,
Bedarfsorientierte Produktion – Erzeugung langlebiger
Produkte, achtsamer Umgang mit den Ressourcen,
Entmachtung unwilliger und unfähiger
Wirtschaftsmanager und Politapparate,
Ausstieg aus fossilen Energien und Atomkraft,
Umverteilung von Reich zu Arm.
Solidarität und Widerstand!

Erkennen * handeln * verändern

UFF – es ist nicht leicht, aber packen wir's an

**Rede des Vertreters von Gewerkschafter*innen
gegen Atomenergie und Krieg – für die
Klima-Demo am 29.11.2019 in Wien**

Wir sind Gewerkschafter*innen – überparteilich, über-
fraktionell – die sich für eine lebenswerte Zukunft der
Menschen und damit der Welt und damit gegen den
Klimawandel, die Klimakatastrophe und seine Verur-
sacher einsetzen. Wie schon – erfolgreich (und damals
auch im Gegensatz zur ÖGB-Führung) – gegen die
Atombetreiber, die 6 AKWs in Österreich errichten
wollten.

Ich will Euch hier eine für uns wichtige Erkenntnis aus
dem erfolgreichen Kampf/Widerstand der Menschen
hier im Land gegen die Atombetreiber in Österreich
mitteilen, was wir gelernt haben: Gegen die lebens-
gefährlichen AKWs, gegen die Betreiber des tödlichen
Geschäfts mit der Atomenergie, gegen die Atom-
betreiber, gab es – um erfolgreich zu sein nur eines: Ein
NEIN. Kein: ein bisschen AKW, kein Kompromiss mit
Siemens, Verbund, EVN usw., sonst hätten wir statt
sechs vielleicht zunächst 3, am Ende aber mehr als 6
AKWs im Land gehabt. Und eines gleich vorweg:
Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakrise.

Was heißt das übertragen auf unser aller Einsatz,
unseren Kampf gegen die Klimakatastrophe? Glauben
wir nicht den Beteuerungen von Industriellen-
vereinigung, Wirtschaftskammer und der von ihnen
geleiteten Politik – mag sie schwarz, türkis, grün, rot
oder blau oder pink daherkommen.

Halten wir uns an die Wissenschaft, die schnelles
Handeln fordert, Alternativen aufzeigt und die sagt:
Wenn nichts geschieht, wird die Klimakatastrophe noch
schlimmer als befürchtet

Und was heißt das? Die einen, die Konzerne, Reichen,
die Wohlhabenden, die Besitzenden werden versuchen
sich so lange wie möglich vor den Auswirkungen zu
retten. Die anderen, WIR, die prekär- oder normal
Beschäftigten, die Wenigverdiener*innen, Lehrlinge,
Student*innen, Pensionist*innen, Arbeitslose, Sozial-
hilfebezieher*innen bekommen die Folgen des Klima-
wandels schon jetzt und erst recht in der Zukunft zu
spüren.

Die Klimakatastrophe ist eine Folge der auf der
kapitalistischen Profitwirtschaft basierenden Wegwerf-
gesellschaft. Für die Profitmaximierung werden Pro-
dukte durch absichtlich eingebaute Kurzlebigkeit kaputt
und Menschen im Arbeitsalltag krank gemacht, als
unnützlich ausgespuckt (Burn Out, Arbeitslosigkeit) oder
durch Umweltverschmutzung geschädigt oder direkt im
Krieg um Profit und Macht vernichtet – für einige wenige
Konzerne und Großmächte. Krieg ist der größte Klima-
killer!

**Ohne soziale Gerechtigkeit
gibt es keine Klimagerechtigkeit,
keinen Ausweg aus der Klimakatastrophe!**

Die profitorientierte kapitalistische Wirtschaft und ihre
Akteure beuten Natur und Mensch aus, bunkert das von
allen Erwirtschaftete als privaten Reichtum in Besitz, in
Banken, in Steueroasen, lässt es nicht in der realen
Wirtschaft zu unser aller Gemeinwohlmehrung, son-
dern als Finanzkapital zur weiteren Geldvermehrung in
Banken, Versicherungen, Börsen „arbeiten“ – zu unser
aller und der Umwelt Schaden.

Was wir brauchen und wofür wir uns einsetzen und
kämpfen ist ein demokratisches Gemeinwesen, eine
Wirtschaft, eine Politik, die sich am Wohlstand aller und
nicht am Profitmachen und Gewinn für einige Wenige
orientiert.

Wer sagt uns ständig, dass das nicht geht, dass die
kapitalistische Profitwirtschaft die einzige Art zu Leben
ist? Die Sprecher und Propagandisten aus den Zen-
tralen der Konzerne, Politbüros und Medienhäuser.
Also genau diejenigen, die am Festhalten des
bestehenden zerstörerischen Wirtschafts- und Polit-
systems – bis zu Rüstung und Krieg kurzfristig am
meisten profitieren und daher keine Änderung wollen.



System Change, not Climate Change.
Solidarwirtschaft statt Profitwirtschaft!
Unsere Stärke: Solidarität.
Unsere Chance: Widerstand!

Regierungsverhandlungen: Die Republik in türkisch-schwarz-blauer Geiselhaft mit grüner Behübschung

Bei der letzten Nationalratswahl ist die Wahlbeteiligung wieder zurückgegangen (von 75% auf 70%). Die Zugewinne des Strahle-Worthülse-Ober-Türken sind damit gar keine echten gegenüber 2017. Somit sind wieder die Nichtwähler die größte „Partei“. Das hilft aber wenig, denn die Türkisch-Schwarzen wollen das ganze Land umfärben. Zuerst mit den Roten, dann mit den Blauen und jetzt eben wird versucht, dieses Spiel mit den Grünen weiter zu betreiben. Hauptsache die Wirtschafts- und Industriekapitäne kommen auf ihre Rechnung. Sei's drum, wenn man da ein grünes oder Klimaschutz-Mäntelchen der Profitwirtschaft umhängen muss. Dem Kogler wird schon etwas einfallen zur Begrün(d)ung, hoffen manche in den Wirtschaftszentralen, die auf Türkisch-Grün setzen.

Profitschutz statt Klimaschutz

Militärs, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung haben schon ihre Forderungen an eine künftige Regierung gestellt. Da steht klar im Vordergrund: die arbeitenden Menschen sollen weiter geschöpft werden. Das Militär will eine „Sicherheitskonjunkturpaket“ für EU-Aufrüstung und Auslandseinsätze (siehe Beitrag an anderer Stelle dieser Aussendung). Die Wirtschaft will noch mehr „Entlastungen“. Im Wirtschaftssprech heißt das: „Arbeitskosten senken“. Das bedeutet im Klartext, die Unternehmer wollen nicht höhere Löhne und Gehälter bezahlen und zudem auch ihren „Arbeitgeberbeitrag“ (den wir in den Betrieben und Büros erwirtschaften) zur z.B. Sozialversicherung senken. Wenn überhaupt etwas der breiten Masse der Bevölkerung an Brosamen hingeschoben wird, dann vor allem über weniger Sozialversicherungsbeiträge oder vielleicht über weniger Lohnsteuer. Die Massensteuern bleiben gleich hoch oder werden erhöht und belasten Geringverdiener immens, während Höherverdiener und Reiche das nicht spüren. Die paar Euro netto mehr für die Niedrigverdiener werden uns als „mehr netto im Börserl“ verkauft. Hauptnutznießer davon ist aber die Wirtschaft. Denn weniger Sozialversicherung heißt auch weniger „Arbeitgeberbeitrag“ (siehe oben). Was der Sozialversicherung oder der Staat an Einnahmen verliert, fehlt dann vor allem der Allgemeinheit z.B. bei Gesundheit, Bildung, Pensionen usw. Die Reichen haben Geld genug für Privatmedizin, Privatschulen, Privatunis usw. Was der Sozial-

staat dann mangels Einnahmen nicht mehr leisten kann, sollen wir dann „privat“ durch Selbstbehalte, Studiengelder oder private „Vorsorge“ (die privaten Versicherungen werben ja praktisch schon jeden Tag in jeder Zeitung mit der „staatlichen Pensionslücke“) oder durch höhere Preise und Tarife und Gebühren bezahlen. Aber die realen Löhne und Gehälter sinken! Und wenn – wie es die Politik von der EU bis nach Österreich in Worten fast tagtäglich beteuert wird – etwas für den Klimaschutz geschehen soll, dann werden wir schon darauf eingestimmt, dass das „natürlich“ die Masse der Bevölkerung bezahlen soll, nicht die Wirtschaft, die ja schon so stark „belastet“ sei. Die Gewinne der Versicherungen, Banken und Konzerne zeigen das Gegenteil.

Ablenkungsmanöver

Alle reden vom Ibiza-Video, keiner davon, dass dieses schon im Juli 2017, vor der damaligen Nationalratswahl im September 2017 gedreht, aber erst im Mai 2019 öffentlich gemacht wurde. Warum eigentlich? Wer immer das Video in Auftrag gegeben hat, Hauptnutznießer war und ist die ÖVP und die Wirtschaft. Wäre dies alles schon 2017 vor der Wahl bekannt geworden, wir hätten uns die VP-FP-Sozialabbau-Regierung erspart. Wohl auch, dass sich Kurz jetzt als „Retter der Republik“ vor den Rechten darzustellen versucht. In Wirklichkeit arbeitet Kurz so auf noch mehr Machtfülle „seiner“ inzwischen selbst weit rechts stehenden ÖVP hin.

Von all dem soll abgelenkt werden und wird auch durch die diversen Korruptionsskandale und Postenschacher (Casinos, BVT usw.) abgelenkt (siehe eigener Artikel). Kurz hat angekündigt, dass die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen viel Zeit in Anspruch nehmen werden und bedauert in jedem zweiten Satz, dass er eigentlich gerne mit der FP weiterregieren will, diese aber nicht wolle. Kurz will scheinbar's noch Zeit gewinnen, eventuell abwarten ob und wann Strache aus der FP rausgeworfen wird und die FP dann doch ein Juniorpartner wäre. Auch die Koalitionsverhandlungen könnten wegen „unüberbrückbaren Positionen“ platzen. Selbst wenn Kurz mit den Grünen zu regieren beginnt, kann er es machen wie mit der FP und sagen: Er hätte es zwar probiert, aber es geht doch nicht. Und dann, weil ja mit allen „kein Staat zu machen sei“ (Kurz: „Die SPÖ

kann es nicht, die FPÖ will es nicht“), eine schon oft von Kurz ins Spiel gebrachte VP-Minderheits-Alleinregierung versuchen. Der Herr Bundespräsident Van der Bellen ist ja dem nicht ganz abgeneigt. Schon im Mai nach dem Ibiza-Video hat er ja eine solche angelobt. Diese VP-Übergangs-Minderheits-Alleinregierung wurde dann durch das Misstrauensvotum gegen Kurz zu Fall gebracht. Seitdem haben wir eine „Kurz“-Übergangsregierung“ ohne Kurz.

Soll so mittelfristig auf Neuwahlen hingearbeitet werden, Österreich noch autoritärer regiert werden? Denn inzwischen krallen sich die VP-Bonzen und deren Wirtschaftsbosse den gesamten Staat, vor allem Finanz-, Wirtschafts-, Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium usw. und Posten in staatsnahen Betrieben. Im Privatsektor sind sie ja schon immer unter sich – und das soll auch so bleiben.



Plakat der Grünen im Wahlkampf 2019

Was heißt das für uns?

Industrie und Wirtschaft wollen weiter ihr Programm durchziehen. 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche haben sie schon. Was das bedeutet, werden die arbeitenden Menschen besonders dann spüren, wenn die Krise wieder stärker wird. Wenn die Arbeitslosenzahlen vom jetzt schon hohen Niveau noch mehr ansteigen werden, weil die Firmen Leute rauschmeißen, sollen die Verbleibenden mehr und

länger und ohne Überstundenzuschläge arbeiten. So gesehen war der Beschluss des Gesetzes zum 12-Stunden-Tag eine Art Vorratsgesetz für die Wirtschaft, damit sie in einer kommenden Krise trotzdem ihre Profite sichert – noch mehr auf Kosten der Menschen als schon bisher. Was die Wirtschaftsvertreter auch schon haben, ist die Mehrheit in der ab 1. Jänner zur ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse) zusammengelegten Gebietskrankenkassen (GKK) der Arbeiter und Angestellten. Das heißt, dort kann nunmehr die Wirtschaft über die Versicherungsgelder der Arbeiter und Angestellten bestimmen, diktieren was mit diesen Geldern passiert, wohin sie für wen fließen. Stichwort: u.a. mehr und höhere Selbstbehalte, mehr und für die arbeitenden Menschen teurere Wahlärzte statt Kassenärzten.

Weiters steht auf dem Wunschzettel der Unternehmer, dass die Arbeiterkammer durch Kürzung der AK-Umlage „billiger“ und die Betriebsräte durch Zusammenlegung von Arbeiter- und Angestelltenbetriebsratskörperschaften „weniger“ werden müssten. So will man die direkten und indirekten Vertreter*innen der Arbeitenden schwächen und letztlich weg haben. Das heißt, noch mehr „Freiheit“, in Wirklichkeit Willkür nach den Interessen der Wirtschaft in der Arbeitswelt herstellen. Mit den Folgen von Erhöhung des Arbeitsdrucks und Lohndumping.

Gewerkschafts- und AK-Spitzen oder diejenigen in den SP-Spitzengremien, die noch zurechnungsfähig sind, müssen kapieren: Sozialpartnerschaft ist Vergangenheit. Das hinhaltende Warten der Gewerkschafts-, AK- und ÖGB-Oberen bei 12-Stunden-Tag und „Sozialversicherungs-Reform“ haben gezeigt, dass die Hoffnung darauf falsch und für die arbeitenden Menschen schädlich ist. Widerstand und Kampf ist die einzige Chance. Solidarität und Streik ist unsere Stärke. Außerparlamentarische Opposition von unten notwendig. Je früher das endlich verstanden und angegangen wird, desto besser.

Aufgeschnappt aus Deutschland

Die Konsumgewohnheiten der Reichen (Vielfliegen, große Autos usw.), erzeugen Bedingungen, unter denen, global und national, zuerst die Armen zu leiden haben.

In Deutschland verursacht das obere Einkommenszehntel im Vergleich zum unteren Zehntel die dreifache Menge an CO₂. Weltweit sind die oberen zehn Prozent sogar für beinahe die Hälfte der konsumbedingten CO₂-Emissionen verantwortlich. Die untere Hälfte für ganze zehn Prozent. Politik für die kleinen Leute wäre also gefragt. Was davon übrig bleibt, zeigt das Klimapaket der deutschen Bundes-

regierung. Die Reichen verursachen mehr CO₂ und werden dazu noch gefördert:

- Es gibt eine höhere Pendlerpauschale, von der die kleinen Leute wenig haben, weil sie zu wenig oder gar nichts verdienen, da sie kaum Steuern bezahlen. Warum wird hier nicht ein Fixbetrag eingesetzt?
- Es gibt Subventionen für Elektroautos, die sich die kleinen Leute auf absehbare Zeit nicht leisten können.
- Es gibt Prämien für neue moderne Heizungen, für die man allerdings erst einmal Haus- oder Wohnungsbesitzer sein muss.

Fukushima – Olympische Spiele 2020

Mit den **Olympischen Spielen 2020** vom 24. Juli bis zum 9. August 2020 in Tokio will Japan nun die zwei gegensätzlichen olympischen Grundprinzipien vereinen. Das eine Prinzip lautet „**schneller, höher, weiter**“, das zweite „**dabei sein ist alles**“, und die japanische Regierung will nun zusammen mit der Betreiberfirma von Fukushima, Tepco, die Vereinigung dieser olympischen Prinzipien möglich machen. Man hat vor, die nach der Reaktorkatastrophe von 2011 anfallenden radioaktiven Folgeprodukte immer **schneller**, in immer **höheren** Mengen, immer **weiter** zu verbreiten. Gleichzeitig soll die gesamte Menschheit bei der massiven gesundheitlichen Schädigung mitleiden, also „**dabei sein**“. Es wird geplant, Millionen Tonnen, vorwiegend mit radioaktiven Tritium schwer belastetes Abwasser, welches bisher in Auffangtanks gesammelt wurde, in den Pazifik abzuleiten und damit das ohnehin schon außergewöhnlich belastete Meer noch stärker radioaktiv zu verseuchen.

Menschenverachtender Zynismus!

Anders als bitteren, menschenverachtenden Zynismus kann man diese neuesten Vorhaben der Verwalter der Reaktorruinen von Fukushima nicht interpretieren.

Seit der Katastrophe von 2011, wo hunderttausende Menschen radioaktiv kontaminiert wurden und danach zahllose „Aufräumarbeiter“ rücksichtslos verstrahlt wurden, liefen ungefiltert bis zu **400 Tonnen schwer kontaminiertes Grundwasser täglich ins Meer**. Durch eine Eismauer im Boden, die auf -30°C gekühlt wird, Gräben und Pumpen, schrumpfte zwar die Menge an kontaminiertem Grundwasser auf 160 Tonnen täglich, welches zum Teil als Kühlwasser für die noch immer schmelzenden Kerne der Reaktoren verwendet wird. Eine Anlage filtert radioaktive Substanzen aus diesem Kühlwasser heraus, doch laut Angaben von Tepco bleibt das strahlende Isotop Tritium über, und da sich die japanischen Fischer der Region gegen eine Einleitung ins Meer bisher erfolgreich wehrten, wurden 1,1 Millionen Tonnen dieses Abwassers in über 1.000 Tanks gesammelt. Über tatsächliche Mengen und radioaktive Belastungen herrscht jedoch Ungewissheit. Von Japans autoritärer Regierung des Shinzo Abe wurden alle Informationen über Fukushima zum Staatsgeheimnis erklärt und es gelangt nur sehr wenig an die Öffentlichkeit. Bislang hieß es offiziell stets, das Abwasser sei nur noch mit Tritium kontaminiert, alle anderen radioaktiven Substanzen seien herausgefiltert.

Radioaktive Verseuchung der Biosphäre

Da trotz Informationsstopp Messwerte an die Öffentlichkeit gelangten, musste Tepco neuerdings einräumen, dass das Filtersystem ALPS (Advanced Liquid Processing System) mehrere radioaktive Substanzen ebenfalls nicht aus dem Abwasser filtert.

Einige davon überschreiten die Grenzwerte um ein Vielfaches, andere bewegen sich knapp an den Grenzwerten. Die Abwässer enthalten neben dem ursprünglich angegebenen Tritium auch Jod-129, Ruthenium-106 und Technetium.

Aber auch wenn das Wasser „nur“ mit Tritium verseucht wäre, würde das Einleiten eine gewaltige radioaktive Belastung für die Umwelt bedeuten. Das Tritium liegt nämlich im Abwasser als **HTO** vor, welches sich wie „normales“ Wasser (**H₂O**) verhält, nur dass ein Wasserstoffatom (H) des Wassers durch das radioaktive Tritium (T) ersetzt ist. Wasser ist bekanntlich die Basis für unser Leben auf dem Planeten Erde (~ 60% unseres Körpergewichts bestehen aus Wasser). Seine weltweite Verteilung passiert über das zirkulierende Wasser. HTO kommt in der Natur praktisch nicht natürlich vor, es kann jedoch durch seinen radioaktiven Zerfall in Organismen großen Schaden anrichten. Schon vor 50 Jahren, zur Hochblüte der Illusionen über die Atomenergie hat das Kernforschungszentrum Jülich in Deutschland festgehalten, dass Tritium als Beta-Strahler mit einer Halbwertszeit von etwa 12 Jahren *„als wenig radiotoxisch gilt, aber als Wasserstoffisotop leicht von Organismen aufgenommen wird und diese mit seiner Strahlung belastet“*. Als HTO vorliegendes Tritium wird über die Atmung, über die Ernährung, sowie auch direkt durch die Haut in den menschlichen Körper aufgenommen. Die Angabe über die Verweildauer im Körper (biologische Halbwertszeit) wird in der Literatur gerne oberflächlich mit etwa 12 Tagen angegeben. Betrachtet man aber die Problematik genauer, dann zeigt sich, dass Anteile des Tritiums auch in wichtige chemische Verbindungen des Stoffwechsels eingebaut werden und dann jedoch Eliminationshalbwertszeiten von **300 bis zu 2000 Tagen** gefunden werden. Also ausreichend Zeit, um beträchtlichen Schaden, bis zur Mitursache für Krebserkrankungen, anzurichten. Das derzeit in der Biosphäre vorhandene Tritium stammt von Kernwaffenversuchen oder von kerntechnischen Anlagen und wird sowohl im Abwasser als auch mit der Abluft in die Umgebung abgegeben. Dort wird es mit dem zirkulierenden Wasser vermischt. Im gleichen Jülichpapier aus 1972 wird auch eindringlich darauf hingewiesen, dass bei der Realisierung von Fusionsreaktoren 40.000-mal so viel Tritium in Umlauf kommt, als bei den bisher in der Atomenergie zu 90% verwendeten Leichtwasserreaktoren. Die Verdünnung von Tritium, das in die Umwelt freigesetzt worden ist, erfolgt über den Wasserkreislauf und dieser äußerst komplizierte Vorgang kann kaum mit Modellen prognostiziert werden. Die durchaus sehr „atomfreundlichen“ Techniker in Jülich schlugen daher zum Schutz der Biosphäre schon vor 50 Jahren vor: **„Nach einer Dekontamination von anderen Radionukliden bietet sich die Endlagerung in**

Schluckbrunnen als Möglichkeit an, einen wesentlichen Teil der produzierten Tritiummenge aus dem Wasserkreislauf der Umwelt fernzuhalten“.

Mit „Schluckbrunnen“ waren z.B. Kavernen von ausgebeuteten Erdöl- oder Erdgaslagerstätten gemeint. Die Realisierung der Fusionsreaktoren mit extrem hohen Tritiumwerten wird ja glücklicherweise immer wieder auf weitere 10 Jahre hinausgeschoben, aber nun springt Japan mit Fukushima in die Presche und will mangels möglicher Schluckbrunnen (Japan besteht ja aus Erdbebeninseln¹⁾) die entsprechenden Tritiummengen in den Pazifik schütten. Es verteilt sich zwar letztendlich irgendwann, wie in den japanischen Verdünnungsberechnungen angeführt, auf die Gesamtwassermenge unseres blauen Planeten, aber in erster Linie versaut es den Pazifik mit den höchsten Konzentrationen.



Profite statt Gesundheit!

Unsere „fürsorgliche“ EU, hat wegen des damals schon im Geheimen praktisch fertig ausgehandelten Handelsvertrags mit Japan unmittelbar nach der Katastrophe von Fukushima, die Grenzwerte für Lebensmittel, welche für das Tschernobyl-Desaster festgelegt waren, **angehoben**. Seit 26. März 2011 durften demnach Lebensmittel aus Japan in die EU mit einem Zertifikat der japanischen Behörden eingeführt werden, das die Unbedenklichkeit der Produkte bestätigte. Höhere Grenzwerte als im Vergleich zur „Tschernobyl-Verordnung“ hat die Europäische Kommission für Japan für die Hauptbelastung durch Elemente Cäsium-134 und Cäsium-137 festgesetzt. Nach Angaben der Europäischen Kommission **entspreche diese Anpassung der Grenzwerte nach oben den aktuellen wissenschaftlichen Grundlagen und garantiere in gleicher Weise die Unbedenklichkeit der importierten Produkte**. In Tschernobyl entwich ja damals (schmutzige) Radioaktivität aus Russland, die von Fukushima kommt nun aber aus Japan und ist scheinbar für EU-Bürger weniger schädlich.

Nachdem sich die politischen Verhältnisse in der Ukraine geändert haben, gelten wahrscheinlich auch für Produkte von dort die **Grenzwerte nach den**

aktuellen wissenschaftlichen Grundlagen. Da die Grenzwertehöhung auf einigen Unmut stieß wurden in Folge alle Lebensmittel in Japan selbst und dann nochmals in Europa stichprobenweise untersucht. Sollte ein EU-Partner kontaminierte Lebensmittel finden, dürfen diese nicht auf den Markt und es müssen die übrigen EU-Mitgliedstaaten umgehend informiert werden. Zudem wurden EU-weite verpflichtende Grenzwerte für weitere Elemente und Mindestprozentsätze für Kontrollen festgelegt.

Ein ganz entscheidender Grund für das freundliche Entgegenkommen der EU bei den Grenzwerten, dürfte neben dem, nun still und heimlich 2018 beschlossenen Handelsabkommen JEFTA, auch darin bestehen, dass Europas hochsubventionierte Fischfangflotten (an erster Stelle die spanische) nach dem Leerfischen der europäischen Gewässer, jetzt intensiv mithelfen auch den Pazifik leer zu fischen und auch dort zahlreiche Inselbewohner in den Ruin treiben. In Österreich werden die Fische aus dem Pazifik ebenfalls stichprobenartig auf radioaktives Cäsium überwacht und in den Messprotokollen wird bis dato „nicht nachgewiesen“ eingetragen. Da aber Anfang 2016 in Meerwasserproben an der Westküste Amerikas, die für Fukushima relevanten Cäsiumisotope nachgewiesen wurden und auch entsprechend kontaminierte Fische in Kanada analysiert wurden, wirft das völlige Fehlen von Radioaktivität in den österreichischen Fischproben einige Zweifel hinsichtlich der eingesetzten Messmethoden und deren Nachweisgrenzen auf.

Da Japan für die olympischen Spiele jedoch ein „sauberes“ Image braucht und deshalb auch „vorsorglich“ schon im Juni 2019 das Baden an einem Strandabschnitt, der nur 25 km von der Atomruine entfernt ist, behördlich erlaubte, und Europa seine guten Handelsbeziehungen und auch die Eigner der Fischfangflotten nicht verdrießen will, wird wohl die Öffentlichkeit von diesen neuen Schandtaten der Atombetreiber nicht wirklich viel erfahren. Die EU und Japan schießen mit dem Vorwand der Klimakatastrophe wieder in Richtung Atomenergie und Japan hat schon seit Jahren eine eigene Atombombe im Visier²⁾.

Es wird also 2020 Olympische Spiele in Tokio geben, mit **strahlenden** Siegern und im olympischen Sinne dürfen wir bald **mitstrahlen**.

¹⁾ Japan hat auch ein Übermaß an Energiealternativen: vollkommen ungenutzte Wind-, Sonnen- und Gezeitenenergie sowie unermessliches geothermisches Potenzial ähnlich wie Island.

²⁾ Süddeutsche Zeitung 9. August 2017
Ex-Verteidigungsminister Shigeru Ishiba meint, mit seinen Kernkraftwerken und seiner Technologie sei Japan eine virtuelle Atommacht, es könnte in kürzester Zeit Atomwaffen bauen. Das genüge.

Russland:

Falschmeldungen, Lügen, Fake-News

Fast jede Woche berichten bei uns die meisten Zeitungen (auch die so genannten Qualitätsmedien), das Fernsehen und Radio, ja fast alle Medien, wie „böse“ Russland, wie böse Putin ist. Es wird dauernd gegen Russland gehetzt, es wird behauptet, dass Russland die europäischen Staaten bedroht, unsere Sicherheit bedroht, es wird behauptet, dass Russland die NATO, die USA bedroht. Das alles sind andauernd Falschmeldungen. Diese Propagandawelle dient einzig und allein dazu, die Völker Europas auf den nächsten Krieg gegen Russland vorzubereiten. Doch es ist umgekehrt:

**Nicht Russland bedroht Europa!
Es sind die USA mit der NATO samt den
EU-Staaten, die Russland bedrohen!**



- = **NATO-Stützpunkte rund um Russland**

Schaut man sich nur die Landkarte an, so wird sofort klar: Russland wird fast an allen seinen Grenzen von NATO-Staaten oder Staaten mit US-Militärstützpunkten umzingelt. Das offizielle Heeresbudget der USA beträgt jährlich ca. 650 Milliarden Dollar, mit den anderen NATO-Staaten zusammen ca. 1.000 Milliarden Dollar. Die riesigen US-Militärausgaben für ca. 800 Militär-Stützpunkte auf der ganzen Welt, für Besatzungstruppen in all den Staaten, wo US-Soldaten stationiert sind usw., sind hier noch gar nicht enthalten. Russlands Heeresbudget beträgt ca. 60 Milliarden Dollar.

Die USA und auch die europäischen Großmächte führen ihre Kriege um Rohstoffquellen und Rohstoffwege, zur weiteren Ausweitung ihrer geopolitischen Interessen, zur weiteren Ausweitung ihres Herrschaftsbereichs. Bei Russland geht es ihnen um dessen ungeheure Bodenschätze, u.a. um die größten Erdöl- und Erdgasvorräte der Welt. Deswegen und weil Russland der wichtigste Staat in Eurasien ist, kreisen sie Russland immer mehr ein, um es zu schwächen und letztlich militärisch zu besiegen. Eurasien ist der mit Abstand größte Kontinent, mit 75% der Weltbevölkerung und 3/4 der weltweit bekannten Energievorkommen.

Seit Jahrzehnten schreiben US-Militärstrategen: wer Russland beherrscht, beherrscht Eurasien. Dazu müssen die USA aber auch China, das zweite Ziel der US-Eroberungspolitik, niederringen. China ist ja für die USA seit Jahrzehnten der „strategische Konkurrent“ (Georg Bush 2001). Die USA bekämpfen China zunehmend wirtschaftlich und bedrohen es wie Russland militärisch bzw. kreisen es ein und das seit Jahren. 2020 sollen 60% der US-Seestreitkräfte im asiatischen Raum stationiert sein, 5000 km weit weg von den USA.

Die USA aber auch die EU-Großmächte brauchen für ihre Militärbudgets Milliarden Dollar bzw. Euro an Steuergeldern. Um diese Belastungen bei den Menschen leichter durchzusetzen, um Kriegsvorbereitungen und die nächsten Kriege zu legitimieren, **müssen sie die Staaten, die sie überfallen wollen, zu Feinden erklären, die Regierungen zu den Bösen!** Sie versuchen ihre Bevölkerungen vor allem mit Angstmacherei einzuschüchtern, so dass diese noch mehr Opfer widerstandslos hinnehmen. Die USA aber auch die EU-Großmächte versuchen ihre Soldaten zu motivieren, willig in die nächsten Kriege fürs Vaterland zu ziehen. Sie versuchen, Stimmung fürs Heer zu machen.

Täglich wird bei uns in den Medien gelogen, wenn behauptet wird, Russland bedrohe Europa. Österreich darf bei dieser Hetze, bei dieser Angstmache, bei diesen Kriegsvorbereitungen nicht mitmachen. Das ist Verletzung der Neutralität, das bedroht unsere Sicherheit, unsere Unabhängigkeit.

Österreichs Regierung muss gemäß unserer Verfassung neutral bleiben, muss sich für eine aktive Neutralitätspolitik einsetzen! Das bringt uns Sicherheit, das fördert den Frieden auch in Europa!



„Novomatic zahlt alle ...“

... hat Strache im Ibiza-Video gesagt und diese Aussage dann, als das Video an die Öffentlichkeit gelangte, als „Prahlerei“, „Blödsinn“ und wie auch alles Andere im Video als „b'soffene G'schicht“ hingestellt.

Damit hat Strache versucht, nicht nur sich, sondern vor allem Novomatic, aus der Schusslinie der Kritik zu nehmen. Wie man gerade sieht, vergebens. Strache hätte ja gleich auspacken und damit die Politik Konkurrenz kräftig ins Schwitzen bringen können. Aber wenn es um das große Glück(spiel) geht, dann muss auch ein sonst großspuriger Strache zurückstecken. Das große Glück(spiel) versteht da keinen Spaß, da steht zu viel großes Geld auf dem Spiel.

Novomatic (schon unter Schwarz-Blau in den 2000er Jahren wegen „Gesetzeskaufes“ – Glücksspiel-Liberalisierung unter Ex-ÖVP-FPÖ-Finanzminister Grasser – unter Verdacht) hat auf die Ibiza-Veröffentlichung nach dem Motto ‚Angriff ist die beste Verteidigung‘ reagiert. Praktisch in allen Medien wurden um hunderttausende Euro Inserate geschaltet: „*Novomatic zahlt alle ... Mitarbeiter und Lieferanten*“. Tja, da schließt sich der Kreis. Denn auch viele Politiker standen und stehen vor oder nach ihrer Politikkarriere auf der Gehaltsliste. Ganz legal. Ein Schelm der denkt, dass die Politik dann gefügig wäre. Politiker sind ja bekanntlich nur ihrem Gewissen verpflichtet und daher sicherlich Novomatic gegenüber völlig einflussbefreit.

Glück – für wen?

Reiner Zufall, dass ein Novellen-Entwurf zum Glücksspielgesetz (gegen Glücksspiel im Internet; die einzige Online-Lizenz hat die Casag, die Casinos Austria) im Finanzministerium von Löger/Fuchs (ÖVP/FPÖ) der türkis-blauen Koalition spurlos verschwunden ist.

Novomatic ist ein weltweit aufgestellter Glücksspielkonzern mit Sitz in Österreich, mit rund 3 Milliarden Euro Umsatz, der auch an der teilstaatlichen Casino Austria AG (Casag) mit 17,1% beteiligt ist. Die Republik Österreich hält über die Staatsholding ÖBAG 33,24 % an der Casag. ÖBAG-Chef ist Thomas Schmid, der Ex-Generalsekretär von Ex-VP-Finanzministerium Löger. Anfang 2019 wurde die frühere VP-türkise Kurz-Stellvertreterin, Bettina Glatz-Kremsner, als Generaldirektorin, und der jetzt wegen seiner sehr eigenartigen Bestellung bekannt gewordene FP-Bezirksrat Peter Sidlo als Vorstandsmitglied in die Casag gehievt. Ein türkis-blaues „Führungs“-Duo, spiegelbildlich zur türkis-blauen Regierung. Sidlo, zuerst bei vollen Bezügen

(350.000 Euro/Jahr) beurlaubt, wurde jetzt abberufen und überlegt seinen Vertrag, der bis Ende 2022 läuft, einzuklagen. Auch die wegen Sidlo in der Casag zuvor abberufenen Vorstände bekommen bis Vertragsende 100.000en Euro für's Nichtstun.

Damit einher geht eine Debatte über Postenschacher und Korruption. Weil der Anlass die FP-Sidlo-Postenbesetzung in der Casag war, fanden die „Leitmedien“ (Kurier, Krone, Presse) schnell eine Lösung: Privatisierung! Also ob es in privaten Konzernen keine Päckerei (siehe z.B. Vorstands- und Aufsichtsratsbestellungen) gäbe. Ganz im Gegenteil, aber verborgen vor der Öffentlichkeit. So hätten sie es gerne: ganz unter sich zu sein. Und zum Anlassfall Casag: Privatisierung? Die Casag ist ja schon mehrheitlich privat. Aber Novomatic und ihr tschechischer Konkurrent, die Sazka-Gruppe mit 38,29% Casag-Anteil, würden sich über weitere Casag-Milliarden die Hände reiben. Die Casag machte zuletzt einen Umsatz von fast 4,5 und einen Gewinn von 3,15 Milliarden Euro. Darum geht es!

Postenschacher für die einen ...



Die öffentlich gemachten „Chats“ zu Novomatic und Casinos zwischen FP- und VP-Ministern sind entlarvend. Obwohl Kurz zu dieser Zeit Kanzler war, weiß er jetzt von nichts nach dem

Motto: Mein Name ist Hase. Kogler wiederum, gerade mit Kurz in Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der Grünen als Juniorpartner, rückt zur Verteidigung von Kurz aus und sagt: die Grünen würden in der Casino-Affäre keine Verwicklung der VP sehen. Die Versuche Postenschacher und Gesetzesbeeinflussung zu verschleiern gehen zum Schaden der Bevölkerung weiter. Diesmal machen es die türkisch-schwarzen nicht mit roter oder blauer, sondern mit grüner Schützenhilfe.

Dass an den Machenschaften, Korruptionsverdächtigungen und Postenschachereien etwas dran ist, ist ja eigentlich für jeden Normalbürger zum Greifen. Ob letztendlich etwas übrig-bleibt und Konsequenzen gezogen werden, darf bezweifelt werden (siehe Grasser-Prozesse und andere). Aus unser aller Steuergeld finanziert, bezahlen hochgekommene Abgeordnete oder Minister um viel Geld Anwälte. Diese versuchen dann für die Unschuldsvermuteten so viel wie möglich wieder „zu Recht“ zu biegen. Auch und vor allem dazu, dass die

Privatkonzerne wieder in Ruhe ihrem für sie hoch einträglichen Glücksspielgeschäft nachgehen können. Die Wirtschafts- und Politikklasse lebt in Saus und Braus und will sich ungestört noch mehr bereichern.

... Belastungen für die anderen

Gleichzeitig wird mit dem ganzen Tamtam, bei dem wir nur entsetzt und angewidert zuschauen, aber ja nicht eingreifen sollen, davon abgelenkt, was der breite Masse der Menschen das tägliche Leben schwer macht: kaum reale Lohn-, Gehalts- oder Pensionserhöhungen, dafür aber geschmalzene Erhöhungen von Mieten und Lebensmittelpreisen, kein Geld übrig am Ende des Monats, Verschuldung, steigende Arbeits- und Obdachlosigkeit.

Das können oder wollen sich die Bosse und Bonzen in ihren Konzern- und Politzentralen nicht vorstellen. Für sie soll es immer ein Oben und Unten geben. So

bleibt für sie alles zum Besten. Und: sie wollen auch oben bleiben und absahnen – um jeden Preis.

Es ist höchst an der Zeit

Doch das ist kein Naturgesetz. Denn wären wir nicht arm, wären sie nicht reich! Es wird Zeit, dass den Klimastreiks Streiks folgen: für Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten, für höheres Arbeitslosen- und Sozialhilfegeld von und mit denen man auch leben kann, für Streiks gegen Kündigungen, Mieten- und Preiserhöhungen, gegen Medien- und Digitaldiktatur, gegen Polizei- und Überwachungsstaat. Das ist gut fürs Klima und gut für die Menschen!

Betriebsrät*innen, Gewerkschafts- und AK-Spitzen, ehrliche und junge SP-Mandatar*innen aufgewacht! Wozu seid ihr gewählt, wozu seid ihr da? Gemeinsam mit den arbeitenden Menschen, nicht mit den Unternehmern, mit und nicht für die arbeitenden Menschen handeln.

Montag 20. Jänner 2020, 19.00 Uhr

Treffen + Diskussion

Krieg = größter Klimakiller

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus,
Raum 4, Erdgeschoß

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen. Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen erholsame Feiertage und alles Gute für 2020!

Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.
IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650 / BIC: BAWAATWW; **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

Aufgeschnappt in Österreich

Martin Kocher vom Institut für höhere Studien in Wien äußerte sich kürzlich im ORF (Oktober 2019) zu dem Vorschlag statt eines Prozentbetrages bei Lohnerhöhungen jedem Lohnbezieher einen Fixbetrag von z.B. 100 Euro auszuzahlen: „Das wäre für die oberen Einkommensstufen wenig, für die unteren viel. Das könnte zur Folge haben, dass die bis dato nieder bezahlten Posten, weil sie dann dem Unternehmer mehr kosten, wegrationalisiert würden.“ Auf „gut Deutsch“ auf die Spitze getrieben: Es ist besser für die Armen, wenn sie arm bleiben.

Immer wieder erleben wir, dass Menschen aus oberen Einkommensschichten sich dazu äußern, was für die „armen Leute“ viel ist. So wie in diesem Fall Herr Kocher tat dies früher Frau Hartinger-Klein, als sie der Meinung war, mit 150 Euro könnten man einen Monat lang ganz gut leben. Eine Frechheit!

Die Statistiken sagen uns, dass armen Menschen sowieso kürzer leben, mehr krank sind usw. Dieser Trend soll anscheinend verstärkt werden.

*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Datenschutzerklärung siehe: www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/